



Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen EKAL Jahresbericht 2014

Allgemeines

Die Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen (EKAL) ist ein beratendes Organ des Bundesrates und bearbeitet Fragen, die direkt oder indirekt mit den Auswirkungen des Alkoholkonsums auf die Gesundheit in Zusammenhang stehen.

Seit Januar 2014 wird die EKAL von Brigitta M. Gadiert präsiert. Die aus dem Kanton Graubünden stammende Juristin war 17 Jahre lang Nationalrätin. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission war sie unter anderem zuständig für die Aufsicht über die Eidgenössische Alkoholverwaltung. Zudem war sie Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur.

2014 bestand die EKAL aus 16 Mitgliedern, von denen 5 Frauen (31,3 %) und 11 Männer (68,8 %) sind. Die Landessprachen sind mit 68,8 % Deutsch, 18,8 % Französisch, 6,2 % Italienisch und 6,2 % Rätoromanisch vertreten. Das EKAL-Plenum traf sich im Berichtsjahr dreimal zu einer eintägigen Sitzung sowie zu einer eineinhalbtägigen Retraite. Das EKAL-Büro*, das sich mit der Vor- und Nachbereitung der Geschäfte befasst, tagte viermal.

Im Folgenden werden die wichtigsten Themen erläutert, welche die EKAL im Berichtsjahr behandelt hat.

Nationales Programm Alkohol (NPA)

Die EKAL ist sowohl in der strategischen als auch in der operativen Leitung des NPA vertreten. Sie trägt zur Umsetzung des Programms bei und ist namentlich bei der Veröffentlichung von damit verbundenen Studien oder Anlässen an der Kommunikation beteiligt.

Das administrativ und organisatorisch bei der EKAL angesiedelte Expertengremium wurde im Herbst 2014 erneut beauftragt, Präventionsprojekte zu prüfen, die beim NPA eine Finanzierung beantragen.

Für die Beurteilung der Projekte 2015 wurden folgende vorrangige Themen definiert:

- Sensibilisierung/Stärkung des sozialen Umfelds alkoholabhängiger Menschen (bessere Bekanntheit von Angeboten für Angehörige; Frühintervention bei Co-Abhängigkeiten)
- Projekte zur Sensibilisierung relevanter Zielgruppen (Multiplikatoren) für die Schädlichkeit problematischen Konsums (Alkoholsucht bei älteren Menschen; Alkohol und Schwangerschaft)
- Alkohol und Internet, Bedürfnisanalyse, Klärungsprojekte

15 Gesuche wurden gemäss den definierten Schwerpunktthemen beurteilt, 12 davon werden finanziert bzw. teilfinanziert.

<http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00039/00594/11233/index.html?lang=de>

KAP-Tagung/ KAP plus-Veranstaltungen

Die Tagung zu den Kantonalen Aktionsplänen Alkohol (KAP-Tagung) 2014, die von der EKAL, der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) und dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) gemeinsam organisiert wurde, trug den Titel «Alkoholmissbrauch: welche Interventionen?» und wurde im Kursaal Bern durchgeführt. Zuerst zeigten verschiedene Referate konkret die Probleme in Zusammenhang mit Interventionen bei Alkoholmissbrauch auf, insbesondere bezüglich Zusammenarbeit und Interventionsmöglichkeiten, wobei auch Beispiele für Good Practices gemacht wurden. Anschliessend diskutierten Persönlichkeiten aus der Politik darüber, inwiefern alkoholbedingte Krankheitskosten den Pati-

entinnen und Patienten angelastet werden dürfen. Schliesslich erhielten die Teilnehmenden Gelegenheit, sich in kleinen Gruppen zur Frage der Zusammenarbeit auszutauschen.

Zusätzlich wurden drei halbtägige KAP-plus-Veranstaltungen durchgeführt, um aktuelle Fragen in regionalen Gruppen vertieft anzuschauen. Die Veranstaltung vom 20. Mai in Zug befasste sich mit dem Thema «Wie viele Kosten verursacht missbräuchlicher Alkoholkonsum der Schweizer Gesellschaft?». Die Veranstaltung vom 23. September in Liestal widmete sich dem Thema «Alkohol und Verkehr» in Zusammenhang mit den Änderungen durch «Via Sicura», und in Lausanne beschäftigten sich die Westschweizerinnen und Westschweizer am 30. September mit der Frage «Jugendschutz: Wie ergänzen sich Prävention und Repression?».

Die KAP- und KAP plus-Tagungen bieten Vertretungen verschiedener kantonaler Direktionen, die sich mit Alkoholpolitik befassen, sowie Fachleuten die wichtige Gelegenheit, sich in einem gemeinsamen Problemfeld über ihre Praktiken auszutauschen.

Totalrevision Alkoholgesetz

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes, die unter der Federführung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung steht, wurde in den Sitzungen der EKAL als ständiges Traktandum geführt. Die Kommission verfolgte die Entwicklung des Dossiers mit Interesse und hat mehrfach zu diesem Thema Stellung genommen.

Stellungnahmen

Die EKAL hat 2014 zu folgenden Vernehmlassungen und politischen Geschäften Stellung genommen:

Revision des Alkoholgesetzes:

23. Juni 2014: «Das "Nachtregime" ist zur Eindämmung von Exzessen unerlässlich». Im Rahmen der Totalrevision des Alkoholgesetzes hat die EKAL Stellung genommen, um im Differenzbereinigungsverfahren des Ständerats für die Beibehaltung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Nachtregimes einzutreten. Die Stellungnahme beruhte auf drei Argumenten: Erstens muss man der Realität ins Auge sehen: Ein bedeutender Teil der Bevölkerung ist von Alkoholproblemen betroffen, und die Exzesse finden vor allem nachts statt. Zweitens gehört das Nachtregime zu den wirksamsten und kostengünstigsten strukturellen Massnahmen. Drittens könnte mit der Annahme des Nachtregimes das Gleichgewicht in einem Gesetzesentwurf wiederhergestellt werden, der durch eine unverantwortliche Deregulierung seine Ausgewogenheit verloren hat.

Parlamentarische Initiative Bortoluzzi «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen»:

21. Mai 2014: Im Vorfeld der Debatten der SGK-N zu dieser Initiative und nach einem ersten Schreiben im Jahr 2013 wandte sich die EKAL erneut an die Mitglieder der parlamentarischen Kommission, um sie zur Ablehnung der Initiative aufzufordern. Definitions- und Abgrenzungsprobleme der Initiative bergen die Gefahr schwerwiegender Konsequenzen für die Gesundheit von Personen mit Alkoholintoxikation, und die Umsetzung würde für Leistungserbringer und Versicherer eine Zunahme der erforderlichen medizinischen und administrativen Ressourcen, der bürokratischen Verfahren und damit auch der Kosten bedeuten. Die EKAL schlägt eine Alternative vor, nach der sich die Patientinnen und Patienten nicht an den Kosten der medizinischen Leistungen, sondern an den Sicherheitskosten (Sicherheitsaufwand in Notaufnahme, Transportkosten usw.) beteiligen müssen.

Am 9. Oktober 2014 hat die EKAL ihre Antwort auf die Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative Bortoluzzi «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» gegeben und den Vorschlag abgelehnt. Definitions- und Abgrenzungsprobleme im Wortlaut der Initia-

tive würden zu grosser Unklarheit führen, wodurch anerkannt kranke Personen von der Krankenversicherung ausgeschlossen werden könnten. Zudem würde der von der Initiative eingeführte Paradigmenwechsel ein weiteres Ausgrenzungsrisiko aufgrund von Kriterien in Zusammenhang mit der Lebensweise bergen. Die EKAL hat in ihrer Stellungnahme auch festgehalten, dass die Initiative die gesamte Verantwortung auf die Einzelnen abwälzt, obwohl zahlreiche Faktoren wie Zugänglichkeit oder Preis den Alkoholkonsum beeinflussen. Es wäre sinnvoller, auf struktureller Ebene anzusetzen, um einen dem Gesundheitsschutz förderlichen sozialen Kontext herbeizuführen. Die Initiative könnte auch aus finanziellen Gründen Angehörige davon abhalten, Personen mit Alkoholintoxikation in medizinische Einrichtungen einweisen zu lassen, wodurch Leben gefährdet wird. Ausserdem würde die Umsetzung der Initiative zu einer administrativen Überlastung und zu höheren Kosten führen, was dem Endziel widerspricht.

<http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00039/00594/10532/index.html?lang=de>

Zukunft der Kommissionen

Bundesrat Alain Berset hat beschlossen, die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) aufzulösen und ab 2016 die Eidgenössische Kommission für Suchtfragen (EKSF) einzusetzen. Gleichzeitig bleiben die EKAL und die Eidgenössische Kommission für Tabakprävention (EKTP) bestehen. Zur Behandlung der Querschnitt-Themen im Suchtbereich wird eine Koordinationsgruppe eingesetzt.

Grundlagen für eine Orientierungshilfe zum Alkoholkonsum

Aufgrund des von Sucht Schweiz erarbeiteten Berichts mit dem Titel «Risiken für alkoholbedingte Krankheiten und Mortalität; Grundlagen für eine Orientierungshilfe zum risikoarmen Alkoholkonsum» hat die EKAL ihre Reflexionsarbeit im Hinblick auf eine allen zugängliche, einfache und nuancierte Information zu risikoarmem Alkoholkonsum weitergeführt. Die Orientierungshilfe wird im Rahmen der neuen Alkoholpräventionskampagne kommuniziert.

Joint Action on Reducing Alcohol Related Harm (RARHA)

Die EKAL nimmt als Collaborating Partner an der dreijährigen gemeinsamen Aktion „RARHA“ im Rahmen des dritten EU-Gesundheitsprogramms 2014-2020 teil. Die gemeinsame Aktion hat zum Ziel, die EU-Mitgliedstaaten in ihrer Arbeit an den gemeinsamen Prioritäten gemäss der EU-Alkoholstrategie zu unterstützen und die Kapazität der Staaten im Umgang mit problematischem Alkoholkonsum zu stärken.

RARHA läuft von 2014-2016 und wird von Portugal koordiniert. 27 EU-Mitgliedstaaten, Island, Norwegen und die Schweiz beteiligen sich, daneben sind weitere Organisationen wie das europäische Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Pompidou Gruppe des Europarates involviert.

Finanzen

Die Ausgaben der EKAL betragen im Jahr 2014 Fr. 34'749.--.

Präsidentin / Mitglieder / Sekretariat (Stand: 31. Dezember 2014)

Name, Vorname	Institution
Brigitta M. Gadiant*	Präsidentin, Alt-Nationalrätin, selbständige Juristin
Caluori Ueli	Polizeikommandant Stadt Chur
Cavegn Mario	Teamleiter Forschung Strassenverkehr bfu – Beratung für Unfallverhütung
Eckmann Franziska	Leiterin Infodrog
Erni Bruno*	Geschäftsführer Stiftung Berner Gesundheit / Präsident Fachverband Sucht
Etter Fritz*	Direktor Eidgenössische Alkoholverwaltung EAV
Genna Anton	Fürsprecher / Präsident Kantonalverband Blaues Kreuz Kt. Bern

Graf Michel*	<i>Vize-Präsident, Direktor Sucht Schweiz</i>
Hofer Andreas	Direktor Alimentana Shops AG
Klingemann Harald	Forschungsleiter Alkoholfachklinik Südhang (Kirchlindach) / Forschungsdozent
Larequi Tania	Kantonale Verantwortliche Gesundheitsförderung und Prävention Kt. Waadt
Lecoultré Lydie	Arbeitspsychologin SUVA Lausanne
Müller Basil	Rechtsanwalt, Stadtrichter, Amtsleiter Stadtrichteramt Zürich
Renz Mario	Ehemaliger Chefarzt Psychiatriezentrum Münsingen
Scherer Gabriela*	Co-Leiterin Sektion Alkohol, Bundesamt für Gesundheit BAG
Schumacher Jann	Vizedirektor Ingrado – servizi per le dipendenze Cagiallo
<i>Barras Duc Sophie</i>	<i>Wissenschaftliches Sekretariat</i>
<i>Heussler Fulvia</i>	<i>Administratives Sekretariat</i>

**Büro-Mitglieder*

Bern, April 2015